50. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen sind aus der Sicht der Bundesregierung dringend bzw. mittelfristig notwendig, um im Ernstfall angemessen reaktionsfähig zu sein?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Gerd Müller vom 6. Dezember 2005

Neben der Beschaffung eines Mobilen Bekämpfungszentrums sollte besonderes Augenmerk auf die Planung der Personalressourcen sowie der Tötungs- und Beseitigungskapazitäten für die Tierseuchenbekämpfung vor Ort gelegt werden. Diese Aufgaben fallen in die Zuständigkeit der Länder.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

51. Abgeordnete **Veronika Bellmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung dem Verkauf von zwei Dolphin-U-Booten an den Staat Israel zugestimmt hat, und wenn ja, wie hoch ist der Finanzierungsanteil von Seiten der Bundesrepublik Deutschland?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 6. Dezember 2005

Es trifft zu, dass die Bundesregierung die Regierung des Staates Israel bei der Beschaffung von zwei U-Booten in Deutschland finanziell durch Übernahme eines Drittels der Baukosten bis zu einem Höchstbetrag von 333 Mio. Euro unterstützen will. Die Finanzierungshilfe steht unter dem Vorbehalt der Veranschlagung im Haushaltsgesetz 2006 und dessen Inkrafttreten nach parlamentarischer Billigung durch den Deutschen Bundestag. Sie hängt zudem vom endgültigen Vertragsabschluss zwischen der Regierung des Staates Israel und der Deutschen Werft ab.

52. Abgeordneter **Erich G. Fritz** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung bei dem Verkauf von zwei deutschen U-Booten an Israel 333 Mio. Euro der insgesamt rund 1 Mrd. Euro bezahlen wird (vgl. DER SPIEGEL 47/2005), und wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung dazu veranlasst, ihre Ablehnung einer finanziellen Beteiligung aufzugeben?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 6. Dezember 2005

Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für die Existenz und Sicherheit des Staates Israel. Es trifft zu, dass die Bundesregierung daher die Regierung des Staates Israel bei der Beschaffung von zwei U-Booten in Deutschland finanziell durch Übernahme eines Drittels der Baukosten bis zu einem Höchstbetrag von 333 Mio. Euro unterstützen will. Die Finanzierungshilfe steht unter dem Vorbehalt der Veranschlagung im Haushaltsgesetz 2006 und dessen Inkrafttreten nach parlamentarischer Billigung durch den Deutschen Bundestag. Sie hängt zudem vom endgültigen Vertragsabschluss zwischen der Regierung des Staates Israel und der Deutschen Werft ab.

53. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass sich die Bundesregierung mit einem Drittel der Kosten an dem Export für U-Boote nach Israel beteiligt, und wenn ja, wie hoch sind die absoluten Kosten für dieses Geschäft für den Steuerzahler (DER SPIEGEL, 21. November 2005)?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Schmidt vom 6. Dezember 2005

Es trifft zu, dass die Bundesregierung die Regierung des Staates Israel bei der Beschaffung von zwei U-Booten in Deutschland finanziell durch Übernahme eines Drittels der Baukosten bis zu einem Höchstbetrag von 333 Mio. Euro unterstützen will. Die Finanzierungshilfe steht unter dem Vorbehalt der Veranschlagung im Haushaltsgesetz 2006 und dessen Inkrafttreten nach parlamentarischer Billigung durch den Deutschen Bundestag. Sie hängt zudem vom endgültigen Vertragsabschluss zwischen der Regierung des Staates Israel und der Deutschen Werft ab.

54. Abgeordneter **Paul Schäfer (Köln)** (DIE LINKE.)

Welche Munitionsarten wurden zwischen dem 1. Dezember 2001 und dem 31. Oktober 2005 von der Bundeswehr in Afghanistan eingesetzt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Friedbert Pflüger vom 6. Dezember 2005

Für den gesamten von Ihnen gewünschten Zeitraum 1. Dezember 2001 bis 31. Oktober 2005 liegt der Bundeswehr keine Aufstellung über die in Afghanistan eingesetzte Munition vor. Im Zeitraum 22. April 2002 bis 18. November 2005 wurden die in der Anlage aufgeführten Munitionsauslieferungen an die deutschen Anteile ISAF durchgeführt.